

# *Kolumbien-aktuell*

No. 472 16. Mai 2008

## **1. Politik:**

- **Auslieferung der Paramilitär-Chefs – ein Meisterstück von Uribe**

## **2. Soziale Bewegungen:**

- **Tarazá, Epizentrum der Spannungen der Kokabauern in Kolumbien**

## **3. Debatte: Faktische Para-Institutionalität durch Wahlen (2. Teil)**

### *Leitungsequipe:*

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

### *Direktion:*

Johanna Cárdenas Beltrán

### *Redaktion:*

Mauricio García Durán S.J.; Camino Tamayo; Johanna Cárdenas; Nelson Martin

### *Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)  
e-mail: [actualidadcolombiana@cinpe.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinpe.org.co)

### *Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [fachstelle.luzern@askonline.ch](mailto:fachstelle.luzern@askonline.ch) Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

## **1. Politik:**

- **Auslieferung der Paramilitär-Chefs – ein Meisterstück von Uribe**

*Mit der massiven Auslieferung werden auch Dutzende von Unternehmern, Militärs und Polizisten begünstigt, welche engste Verbindungen mit dem paramilitärischen Projekt hatten. Die Wahrheit über ihre tatsächlichen Verbindungen mit den Ausgelieferten verflüchtigt sich mit deren Auslieferung an die USA. Denn in den USA geht es nicht um diese Anschuldigungen und man läuft Gefahr, dass diese Verbrechen in Vergessenheit geraten oder Prozessaufgaben eine Kenntnis verunmöglichen, mindestens kurzfristig.*

*Von Juan Diego Restrepo E., Presseabteilung des IPC, Medellin*

Die Auslieferung von 14 Chefs der Paramilitärs an die USA, darunter die obersten Chefs der AUC, ist ein Meisterstück von Präsident Alvaro Uribe Vélez. Damit leistet er nicht nur sich selber einen Dienst, sondern auch einem breiten Kreis von Unternehmern und Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte. Gleichzeitig verschliesst er die Türen zu einem Wahrheitsfindungsprozess, der langsam im Land in Gang kam, dies vor allem in Bezug auf die Beziehungen der politischen und militärischen Klasse mit den paramilitärischen Verbänden der AUC.

Einer der wichtigsten Vorteile für die ausgelieferten Ex-Kommandanten der AUC ist, dass sie nur wegen Drogenhandel verurteilt werden und die von ihnen und ihren Einheiten während der letzten 20 Jahre verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht berücksichtigt werden. Damit setzt sich die Bestrafung der wirtschaftlichen Ambitionen dieser in den Drogenhandel involvierten Paramilitärs durch und die Bestrafung wegen abscheulicher Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, welche

Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, wird unterlassen. Genau dies ist im Interesse der Regierung und auch der US-Justiz.

Auf lokaler Ebene ist einer der Hauptnutznießer der Auslieferung Diego Fernando Murillo Bejarano, alias *Don Berna*, der bereits eine Verurteilung zu 27 Jahren Gefängnis hatte wegen Verschwindenlassen und Morden in der Comuna 13 in Medellín. Diese Verbrechen wurden in den Jahren nach der *Operation Orion* verübt. Die staatlichen Sicherheitskräfte führten im Oktober 2002 die Operation Orion gegen die Guerilla durch. Es ist möglich, dass Don Berna in den USA zu einer kürzeren Haftstrafe verurteilt wird. Dies zeigt auch, dass das Delikt Drogenhandel über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt werden und die kolumbianische Regierung davon absieht, die Strafe in Kolumbien verbüssen zu lassen.

Grundlegender Aspekt für die US-Justiz sind Geständnisse der Ausgelieferten in Bezug auf den Drogenhandel. Dazu braucht es Information und darüber verfügen die paramilitärischen Chefs, denn sie kennen die Routen und Kontakte, was die US-Richter ganz besonders interessiert. Die Ausgelieferten werden ihre Strafe aushandeln können – was für sie von Vorteil ist – denn damit können sie langjährige Haftstrafen vermeiden. Man wird schauen müssen, ob in 8-10 Jahren, wenn sie ihre Strafen verbüsst haben – sofern sie verurteilt werden – Kolumbien sich noch ihrer Verbrechen erinnert und der Wille zu ihrer Aburteilung noch besteht.

Mit der massiven Auslieferung werden auch Dutzende von Unternehmern, Militärs und Polizisten begünstigt, welche engste Verbindungen mit dem paramilitärischen Projekt hatten. Die Wahrheit über ihre tatsächlichen Verbindungen mit den Ausgelieferten verflüchtigt sich mit deren Auslieferung an die USA. Denn in den USA geht es nicht um diese Anschuldigungen und man läuft Gefahr, dass diese Verbrechen in Vergessenheit geraten oder Prozessauflagen eine Kenntnis verunmöglichen, mindestens kurzfristig.

Jetzt atmen viele Mitglieder der Armee, Unternehmer, Industrielle und Händler auf, denn sie wissen, dass die ausgelieferten AUC-Chefs in ihren Köpfen die Pläne der Verbindungen der AUC mit ihnen allen hatten. Diese Wahrheit, die stückchenweise ans Tageslicht kam und aufgrund derer das Beziehungsnetz offenbar wurde, wird jetzt durch die Enthüllungen über Drogenhandel verhüllt werden. Denn die US-Justiz ist allein an den Drogendelikten der AUC-Chefs interessiert. In diesem Sinne hat Präsident Uribe den einen wie den anderen einen grossen Dienst erwiesen.

Mit diesem Meisterstück punktet der Präsident bei der ideologischen und rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Obersten Gerichtshof. Er weiss, dass er mit der Auslieferung der wichtigsten AUC-Chefs die Prozesse gegen mindestens 63 Kongressabgeordnete behindert, gegen die Strafuntersuchungen wegen ihrer Beziehungen zum paramilitärischen Projekt laufen. Der Zugang zu den Ex-AUC-Chefs wird damit erschwert.

Jetzt kommen ungeheure teure Strafverfahren auf die kolumbianische Justiz zu, um die freien Geständnisse in den USA durchführen zu können. Um die Bedingungen für die Weiterführung der Strafuntersuchungen zu schaffen, braucht der Oberste Gerichtshof eine substantielle Unterstützung. Wer diese geben könnte, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Die Situation ist für die Generalstaatsanwaltschaft gleich, auch sie wird Staatsanwälte in die USA schicken müssen, um ihre Strafuntersuchungen fortführen zu können.

Präsident Uribe behindert damit die Umsetzung des Gesetzes 975 – Gesetz *Gerechtigkeit und Frieden* -, welches seine Regierung erlassen und ratifiziert hat, um die paramilitärischen Chefs zu verurteilen. Die Ex-AUC-Chefs werden nicht mehr freie Geständnisse ablegen müssen, welche einen wesentlichen Faktor in den Strafprozessen darstellten. Dies hat auch Auswirkungen auf die umfassende Wiedergutmachung gegenüber den Opfern, sowohl auf individueller wie kollektiver Ebene.

Doch die Regierung hat bereits einen Mechanismus bereit: Das präsidiale Dekret 1290. Dieses Dekret schafft die Voraussetzungen für die Wiedergutmachung gegenüber den Opfern, ohne einen langen

Rechtsprozess. Dies scheint darauf ausgelegt, die Täter zu begünstigen und die Opfer weiter zu schädigen.

Inmitten all dieses rechtlichen Verwirrspiels, das Präsident Uribe mit dem Argument schuf, die AUC-Chefs und einige ihrer Untergebenen würden weiterhin aus dem Gefängnis Delikte verüben und hätten nicht wirksam mit dem Prozess im Rahmen des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden zusammen gearbeitet, sehen die Opfer ihre Rechte auf Wahrheit, Gerechtigkeit und umfassende Wiedergutmachung in einem kleinen Flugzeug der US-Drogenbehörde DEA im Morgengrauen des Dienstags, 13. Mai 08 davon fliegen.

Die Prozesskosten werden für jene Opfer und Opferorganisationen immens steigen, welche ihre Rechtsprozesse vor amerikanischen Gerichten weiterführen wollen. Nehmen wir als Beispiel den Prozess gegen Don Berna. Welche Möglichkeiten werden die Anwälte der Opfer der Comuna 13 haben, Don Berna in einem Gefängnis in den USA zu verhören? Wenn die Opfer schon in Kolumbien Schwierigkeiten hatten, an die Vernehmungsorte zu gelangen – vielen fehlte schlichtweg das Geld für die Reise – umso mehr wird es ihnen unmöglich sein, zu Vernehmungen an US-Gerichte zu reisen.

Es gibt auch Zweifel über den Zugang der Anwälte der Opfer zu den Prozessakten und den Angeschuldigten selber, um diese direkt zu befragen, was ein Grundrecht in einem Prozess ist. Es ist daher vorhersehbar, dass mit all diesen Hürden die Rechte der Opfer noch mehr verletzt werden und sie nicht direkt an den Prozessen teilnehmen können.

Die Auslieferung der AUC-Chefs und einiger ihrer Untergebenen verletzt substantiell die Umsetzung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden. Dies genau in dem Moment, wo nicht nur Wahrheiten in Bezug auf die Opfer ans Licht kamen, sondern auch strukturelle Wahrheiten, welche aufzeigten, wie verschiedene Kreise des Landes das paramilitärische Projekt in den letzten 25 Jahren akzeptiert und zahllose Massaker zugelassen und daraus Profit gezogen haben.

## **2. Soziale Bewegungen: Tarazá, Epizentrum der Spannungen der Kokabauern in Kolumbien**

*Auch wenn der Zivilstreik der Kokabauern in der Gemeinde Tarazá im Dep. Antioquia beendet werden konnte, ist man weit davon entfernt, die Bauernproteste im Bajo Cauca gelöst zu haben.*

*Presseagentur des IPC, Medellin*

Die Lösungsvorschläge der Bauernbewegung stimmen in keiner Weise mit jenen der Regierung überein. Dies lässt vermuten, dass solange es keinen grundsätzlichen Lösungen gibt, die Region weiterhin Epizentrum der Spannungen der Kokabauern Kolumbiens sein wird.

Die Krise der Kokabauern führte zu einer Konzentration von mehr als 7'000 Bauern im Ort Tarazá vom 20. April 08 bis zum 6. Mai 08. Wie mit diesem Konflikt umgegangen wurde, zeigt die Grundtendenz auf, wie auch zukünftige Verhandlungen zwischen den Kokabauern und der Regierung ablaufen werden, wenn es zu massiven Mobilisierungen kommt. Diese Mobilisierung kam aufgrund zweier Faktoren zustande: 1. Die massive Ausrottung von Koka und 2. Dem Druck der illegalen bewaffneten Gruppen auf die Bauern, welche sie zum Verlassen ihrer Parzellen und zum Protest drängten.

Die langen Verhandlungen mit den Kokabauern, welche seit mehr als 15 Jahren in Tarazá Koka anpflanzen, zeigen deutlich, dass sie heute mehr ihre Grundrechte einfordern und weniger partielle Hilfe verlangen. Die Bauern wollen grundlegende Lösungen und reelle, kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungsalternativen, um vom Kokaanbau wegzukommen.

„Wir verlangen als Bauern betrachtet zu werden, denn wir sind ganz gewöhnliche Leute: wir haben Hunger, werden krank, unsere Kinder brauchen Bildung und Gesundheit. Was also verlangen wir? Dass die Regierung uns unsere Rechte gewährt und uns das gibt, was uns zukommt. Doch was

geschieht? Die Bauern werden stets vergessen“, sagt Libia, eine von vielen Frauen von Tarazá, welche Koka anbauen.

Demgegenüber kriminalisiert die Regierung die Kokabauern, um so gewaltsam ihre Lösungen aufzuzwingen, die Forderungen der Bauern zu entkräften und das Problem auf anderen Wegen zu lösen, als es die betroffenen Bauern vorschlugen. Die Regierungsagenda setzt die Ausrottung der Kokapflanzungen ins Zentrum. Es gibt kaum Alternativangebote auf dieses soziale Phänomen, das die ganzen Familien betrifft und auch die Wirtschaft ganzer Regionen verzerrt.

Dieses Lösungsmodell auf den sozialen Konflikt zwischen den Kokabauern und der Regierung ist in verschiedenen Regionen das gleiche, so z.B. in den Dep. Nariño, Putumayo, Guaviare und Cauca, wo sich der grösste Teil der rund 150'000 Hektaren Koka befinden. Wenn es zu Ausrottungen kommt, sind die Folgen Hunger und der Druck auf die Bauern, zu protestieren. Tarazá war ein Laboratorium für Verhandlungen, das Beachtung verdient.

### **Wie kam es zu dieser Situation?**

Früher war Tarazá ein Ort, der vom Goldabbau lebte, sowohl vom Goldwaschen wie auch von Goldminen. Der Goldabbau begann im 18. Jahrhundert, als Neusiedler auf der Suche nach Gold in diesen Teil des Dep. Antioquia kamen. Der Goldabbau hielt sich bis Ende des 20. Jahrhunderts. Grosse Unternehmen lösten die kleinen nationalen Firmen ab, die nicht über die erforderlichen Maschinen verfügten. Daneben gab es aber immer Goldwäscher und unabhängige Minenarbeiter, welche kleine Minen im Eigenbau betrieben.

Die Krise des Goldbaus Ende der 80er Jahre führte die Minenarbeiter dazu, wirtschaftliche Alternativen zu suchen. Sie fanden sie im Kokaanbau. So wurden die Minenarbeiter zu Kokabauern. Durch dieses Geschäft kamen sie auch in Kontakt mit der Guerilla der FARC und des ELN und vor allem mit den Paramilitärs, welche die Region seit Ende der 90er Jahre dominieren. Dies war insbesondere der paramilitärische Block „Mineros“ der AUC unter dem Kommandanten Ramiro Vanoy, welcher aufgrund seines grossen wirtschaftlichen Einflusses „Herr des Bajo Cauca“ genannt wurde.

Jorge Mejía Martínez, Ex-Departementsregierungssekretär, schätzt, dass im Dep. Antioquia rund 7'000 Hektaren Koka angebaut werden, „60% davon in der Region Bajo Cauca und der Rest im Nordosten, wobei Tarazá im Bajo Cauca und Anorí im Nordosten die Gemeinden mit am meisten Kokaanbau sind“. Staatliche Schätzungen gehen von 3'000 Hektaren Koka in Tarazá aus. Mejía meint, dass es mehr sein müssen, „denn es gibt eine grosse Zahl von Pflanzungen, die nicht erfasst werden. So werden z.B. Kulturen, bei denen Koka mit legalem Anbau vermischt ist, nicht erfasst“.

Bauern in La Caucana, dem wichtigsten Umschlagplatz von Kokabase (A.d.Ü. einer ersten Verarbeitungsform der Kokablätter zu Kokain) meinen, dass allein in Tarazá rund 6'000 Hektaren Koka angebaut werden, eine sehr hohe Zahl im Vergleich zu der offiziellen. „In Zukunft werden es noch mehr sein“, meint ein Kokabauer, „denn im Cañon von San Augustin, einem gebirgigen Gebiet zwei Tagesmärsche vom Ortszentrum entfernt, wird mindestens eine Million neue Kokasträucher gepflanzt.“

Wie viele Personen von der Kokaökonomie leben ist schwierig zu bestimmen. Tarazá ist ein Ort mit 42'000 EinwohnerInnen. Es wird offen zugegeben, dass alle in der einen oder anderen Form mit dem Kokageschäft zu tun haben. Dazu kommt noch eine Zahl von Menschen, die kommen und gehen, insbesondere die Kokapflücker, die aus verschiedenen Gebieten des Departements und selbst aus den Armenviertel von Medellín kommen. „Ich komme seit elf Jahren zur Erntezeit Koka pflücken“, berichtet ein 18-jähriger Mann aus dem Stadtviertel Santo Domingo Savio in Medellín.

Bürgermeister Miguel Angel Gómez räumt ein, dass seine Administration, welche ihr Amt am 1. Januar 2008 angetreten hat, über keine wirksamen Mittel verfügt, um das Problem anzugehen. „Wir haben nur Pflästerchen zur Verfügung, um diesem Problem entgegen zu treten, denn unsere Mittel sind sehr beschränkt.“

In seiner kurzen Amtszeit von wenigen Monaten musste er bereits zwei Mobilisierungen der Kokabauern erleben. Die erste im Februar 2008, welche fast einen Monat andauerte und an der rund 2'800 Bauern teilnahmen. Die zweite Mobilisierung war im April und Mai, an der sich gegen 7'000 Bauern beteiligten.

General Oscar Naranjo, Direktor der Nationalpolizei, sieht in der Bewegung der Kokabauern von Tarazá die dramatische Realität jener, die sich in Kolumbien von den Drogenhändlern – mit Verbindungen zur Guerilla oder zu Drogencapos - verführen und täuschen lassen. „Es sind Bevölkerungen, die sich von den Sirenengesängen der Drogenhändler verführen liessen und jetzt in ihrem Netz gefangen sind.“

Dem Hinweis von General Naranjo muss ein weiterer Akteur beigelegt werden: Die Paramilitärs. Der Staat delegierte seine Aufstandsbekämpfung in breiten ländlichen Zonen an die paramilitärischen Verbände, welche den Kokahandel zu kontrollieren begannen und die Ausübung von Recht verhinderten, was zur Ausweitung des Kokaanbaus führte und heute eine Lösung erschwert.

### **Zwei Sichtweisen**

„Das soziale Problem bildet den Grund für den Kokaanbau. Und dies ist ein altes Problem“, meint Bauernführer Damián Villadiego. Doch die Situation droht sich zu verschärfen, denn die Regierung droht mit der Ausrottung der Koka, „ohne einen Ersatz anzubieten“.

Genau dies bestimmt die Spannungen zwischen den Kokabauern und dem Staat. Die Regierung betrachtet das Problem aus der Sicht der Drogenbekämpfung und minimisiert das hinter dem Kokaanbau stehende wirtschaftliche und soziale Problem. „Wir sprechen hier nicht von Kaffeebauern, die vom Blattrost betroffen sind. Wir sprechen von Leuten, die sich dem Verbrechen widmen, einem Verbrechen, das blutige Verknüpfungen hat. Auch wenn das Problem eine starke ökonomische Seite hat, so hat es für uns vor allem den Aspekt der Drogenbekämpfung. Dabei haben wir das Konzept, dass die Leute in die Legalität zurückkehren“, erklärt Jaime Avendaño, Vertreter der Regierung bei den Verhandlungen in Tarazá.

Die Haltung des Regierungsvertreters wurde von Präsident Uribe selber bei seinem Besuch am 3. Mai 08 in Tarazá unterstützt: „Bevor wir hier von sozialen Lösungen sprechen, komme ich hierher, um von der Durchsetzung der Autorität und der Unterstützung der Streitkräfte zu sprechen. Als Verantwortlicher der öffentlichen Ordnung komme ich nach Tarazá, um die Polizei und die Armee zu beglückwünschen für ihre mutige Arbeit, sich dem Druck der Gewalttätigen entgegen zu stellen.“

Diese Sicht des Staates verbittert die Bauern. „Wir sind ehrliche, arbeitsame Leute“, meint Marina, eine Bauernführerin. Hoffentlich könnten wir eine solche Behandlung bekommen, wie es die demobilisierten paramilitärischen Kämpfenden bekommen haben, meint sie. „Ihnen gab man Land, sie erhalten Unterstützung und einen Monatslohn. Ihre Kinder können in die Schule. Sie haben Häuser und zu Essen. Sie haben den Krieg geführt – und trotzdem bekommen sie eine bessere Behandlung als wir, die wir Leute des Friedens sind.“

Auch wenn die Bauernmobilisierung nach intensiven Verhandlung und Versprechen der Departements- und Nationalregierung beendet werden konnte, bedeutet dies nicht das Ende der Spannungen in Tarazá. Die Ruhe im Ort wird jetzt von der Einhaltung der Versprechen der Behörden und der Effizienz der Substitutionsprogramme abhängen. Werden diese nicht erfüllt oder können die Bedürfnisse der Bauern nicht erfüllt werden, wird die Voraussage eines Bauernführers zur Realität werden: „Wenn es innert einem Monat nicht zu Lösungen kommt, so werden wir zweifellos wiederum von unseren Parzellen losmarschieren und in den Ort kommen um zu protestieren.“

### **3. Debatte: Faktische Para-Institutionalität durch Wahlen (2. Teil)**

*Bei der Konsolidierung und Legitimierung der faktischen Para-Institutionalität durch Wahlen<sup>1</sup>, welche die Grundcharakteristik und der entscheidende Faktor unseres politischen Regimes ist, spielt die willkürliche Ausübung der Macht der verschiedenen Präsidenten über die Verfassung, das Gesetz und die Institutionen hinweg, eine wichtige Rolle, um ihre Ziele zu erreichen und sich an der Macht zu halten.*

*Von Hernando Llano Angel, Politologe und Anwalt, Professor an der Universität Javeriana von Cali*

Unsere jüngste Geschichte ist voller Beispiele für die willkürliche Ausübung von Macht durch die Präsidenten. Herausragend ist dabei ihr Umgang mit der Auslieferung. Jede Regierung hat die Auslieferung als Mittel bei Konflikten eingesetzt.

Schauen wir kurz zurück. Alles begann im Mai 1984, als Belisario Betancur die Auslieferung als Waffe der Einschüchterung gegen den beginnenden Narcoterrorismus einsetzte. Dies nachdem die Drogenmafia ihren ersten Mord an einem hohen Regierungsfunktionär, dem Justizminister Rodrigo Lara Bonilla, verübt hatten. Es ging weiter mit der Regierung von Virgilio Barco und seinem gescheiterten Krieg gegen die „Auslieferbaren“, an deren Spitze Pablo Escobar stand. Dann kam die Verabschiedung der neuen Verfassung, welche dem Land eine kurze Ruhepause verschuf, da die Auslieferung durch die Verfassung verboten wurde. Doch Samper führte sie wieder ein, obwohl – oder weil – er selber Geisel der Forderungen und des Drucks der USA war. In all diesen Fällen war die Auslieferung nicht diese mächtige Waffe, welche die Regierungskrise zu lösen vermochte, sondern mehr ein Labyrinth, in dem jeder Präsident seinen letzten Hauch von Autonomie und das Land den Ausblick auf Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit verloren. So ist die jüngste Auslieferung von 14 Paramilitär- Kommandanten ein Verlust an Wahrheit, Gerechtigkeit und nationaler Würde, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu verbessern.

Jetzt ist es Präsident Uribe mit seinem Talent für Machtspiele, der zum Mittel der Auslieferung greift. Er macht dies weniger, um eine vorübergehende Regierungskrise zu meistern, sondern vielmehr eine tiefe Krise der Legitimität der Institutionen, welche anscheinend unabhängige und kühne Entscheidungen nötig macht, wie eben die Auslieferung von 14 Paramilitär-Chefs. Uribe hofft so seine nationalen und internationalen Kritiker zum Schweigen zu bringen, welche ihm seine enge politische Allianz mit diesen Verbrechern gegen die Menschlichkeit und Oberschicht Drogenhändler verwerfen. Diese Allianz kommt aus der Zeit, in der Uribe Gouverneur des Dep. Antioquia war und enthusiastisch die *Ländlichen Sicherheitskooperativen CONVIVIR* förderte, wo auch die Laufbahn des AUC-Kommandanten Salvatore Mancuso begann, der später zu den Castaños wechselte und mit ihnen die *Bauernselbstverteidigungsgruppen von Cordoba und Urabá ACCU* gründete. Uribe hofft vergeblich, dass seine Rolle als „Befrieder“ von Urabá an der Seite von Offizieren wie Rito Alejo del Río vergessen wird. In der Zeit als Uribe Gouverneur von Antioquia war, wurden von 1995-97 in Urabá 939 Morde verübt, die meisten davon sind bis heute straffrei geblieben. Die Gewalt nahm in den ersten sechs Monaten nach Amtsantritt von Uribe als Gouverneur derartige Ausmasse an, dass der damalige konservative Senator Fabio Valencia Cossio gegenüber der Zeitung *El Tiempo* am 30. August 1995 klagte: „Die Zunahme der Morde beträgt 387% in Urabá und dies mit der Schirmherrschaft des Paramilitarismus der Sicherheitskooperativen CONVIVIR.“<sup>2</sup>

Sicherlich ist es nicht die „einfache und opportune Wahrheit“, welche Präsident Uribe zur Rechtfertigung der Auslieferung der 14 Paramilitär-Chefs anführt, die ihn zu diesem Schritt geführt hat. Der König des Uribismus macht jetzt die Auslieferung zu einer Bestätigung seiner Macht, um so den Spielern von Verbrechen und Politik Herr zu werden, die ihm in der Vergangenheit derart nützlich

<sup>1</sup> Diese wurde in Kolumbien-aktuell No. 471 als eine parallele Institutionalität definiert, welche Produkt von de facto-Mächten ist, welche die Kapazität haben, die vermeintlich freie Wahlen nicht nur die Gewinner zu bestimmen, sondern auch die Grundausrichtung der Regierungspolitik. So ist es mit der Para-Politik geschehen und mit dem Erfolg der „Politik der demokratischen Sicherheit“.

<sup>2</sup> Zitiert von Mauricio Romero in „Paramilitares y Autodefensas, 1982-2003, Seite 195, Editorial IEPRI, grandes temas de ho, segunda edición: Februar 2005, Bogotá D.C.

waren, jetzt aber unerwünscht, gefährlich und selbst zu einer Bedrohung wurden. Es ist wichtig und angebracht, diese Falschspieler aus dem Nationalkasino zu werfen, bevor sie alle Tricks und mit Blut und Ambitionen gezinkten Karten aufdecken, mit denen sie mit Leichtigkeit Wahlen gewannen und ihre Investitionen und Grossgrundbesitze vergrösserten. So enthüllte es Mancuso, Jorge 40 und ihre Kumpanen vor den Massenmedien, der Staatsanwaltschaft und dem Obersten Gerichtshof. Damit rissen sie die nächsten und innigsten Freunde und Familienmitglieder des Präsidenten ins Gefängnis. Es war unmöglich, ein solches Spektakel weiter andauern zu lassen. Denn wenn die Macht etwas fürchtet, dann die nackte Wahrheit. Es ist unzulässig, dass die BürgerInnen von einem Moment auf den anderen die Unzüchtigkeit und den Schmutz dieses verfaulenden Körpers, der „Demokratie“ genannt wird, erkennen. Es kann auch nicht zugelassen werden, dass der König nackt und ausgestellt den krankhaften und bestürzten Blicken jenen präsentiert wird, die er mit soviel Eifer und Bezauberung dank dem entfremdenden und betäubenden Lärm der Massenmedien regiert.

Daher, nichts besseres als die Auslieferung, denn so viel Wahrheit ist unerträglich und macht die aufopfernde Arbeit des Regieren unmöglich. Es ist Zeit, sich von diesem Ballast von Blut und Schmach zu befreien, damit die Staatstrosse des Königs und der demokratischen Sicherheit schneller das Ziel des bilateralen Freihandelsabkommens TLC erreichen und die ausländischen Investitionen in Strömen fließen. Es ist Zeit, derart viele unerwünschte Gesichter aus dem Blickfeld des Obersten Gerichtes zu entfernen. Man kann nicht mit so vielen Kriminellen an der Seite regieren. Für diesen tiefgreifenden chirurgischen Eingriff des Regimes gibt es niemanden, der kompetenter wäre, wie ein Psychiater und Philosoph der Zärtlichkeit und des Friedens, der ungerechterweise als Para-Psychologe karikiert wird, wobei er den Titel *Hoher Kosmetiker* verdienen würde.<sup>3</sup> Dank Luis Carlos Restrepo sind physisch groteske und moralisch verwerfliche Personen jetzt ins Reich der Lügen (A.d.Ü. gemeint sind die USA) verfrachtet worden. Die übrigen sind im Gefängnis La Picota, denn trotz aller schönheitschirurgischen Eingriffe und Verschönerungskuren konnten sie ihre politische Identität nicht glaubhaft machen und ihre kriminellen Züge und Gewohnheiten verstecken. Daher hat jüngst der Hohe Kosmetiker eine intensive Schönheitskur für die treue Gefolgschaft des Königs empfohlen und ihnen einen Identitätswechsel vorgeschlagen. Sie sollen diese Schalen und schmutzigen Fuhrwerke auflösen (die Partei La U, Cambio Radical, Colombia Democratica, Alas Equipo Colombia, Convergencia, Partido Social Conservador, etc.) mit denen sie derart gewandt die Stimmen der gefangenen BürgerInnen manipuliert und auf sich vereint haben. Der König braucht sie nicht mehr. Zudem sind sie ihm nur ein sehr unangenehmer und niederdrückender Ballast bei seiner Regierungstätigkeit. Der König ist mit der strukturellen Umwandlung der Hohen Gerichte beschäftigt, die derart tiefgreifend und neu sein soll, dass die Hohen Gerichte gar nicht wieder zu erkennen sind. Diese strukturellen Veränderungen werden von solchem Ausmass sein, dass er eine neue Ära einweihen wird, in der Frieden, Gerechtigkeit und Wahrheit in seinem ganzen Reich leuchten werden. Es wird keinen Winkel seines Reiches mehr für die Drogenhändler, Terroristen und Paramilitärs geben. Sie alle werden dank der Auslieferung verschwinden oder werden eliminiert aufgrund des unwiderstehlichen Triumphs der demokratischen Sicherheit. Dann werden wir alle sicher, glücklich und unwürdig im Reich „Uribelandia“ leben, in einer tiefgehenden und gefestigten „parlamentarischen Demokratie“ mit einem unverrückbaren und wundervollen Ministerpräsidenten, der aus dem Vollen regieren wird.

---

<sup>3</sup> A.d.Ü. gemeint ist der Friedensbeauftragte des Präsidenten, Luis Carlos Restrepo, welcher Psychiater ist und ein Buch über die Pädagogik der Zärtlichkeit geschrieben hat. Restrepo führte auch die Verhandlungen mit den Paramilitärs.